
FDP Büdingen

KLÄRSCHLAMM: BÜDINGER ZAHLEN KÜNFTIG MEHR FÜRS ABWASSER, UND DAS WÄRE VERMEIDBAR GEWESEN

24.10.2026

RAHN-FARR KRITISIERT VORFESTLEGUNG AUF VERBRENNUNG DURCH EIGENBETRIEBSKOMMISSION UND BETRIEBSLEITUNG

Der Büdinger Klärschlamm soll künftig verbrannt werden, statt wie bisher landwirtschaftlich verwertet zu werden. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das dauerhaft höhere Abwassergebühren. Die Stadtverordnete Andrea Rahn-Farr macht deutlich, wie es dazu kam und warum es nicht nötig gewesen wäre.

„Die eigentliche Entscheidung ist nicht in der Stadtverordnetenversammlung gefallen, sondern bereits im Februar 2024 in der Eigenbetriebskommission der Stadtwerke“, erklärt Rahn-Farr. „Die Stadtverordneten stimmen jetzt nur noch darüber ab, ob Büdingen der Klärschlammkooperation des Main-Kinzig-Kreises beitrifft. Ohne diesen Beitritt würde die Verbrennung noch teurer. Die Wahl besteht also nur noch zwischen einer teuren und einer sehr teuren Variante. Die günstigste Lösung war von Anfang an aus dem Rennen.“

Die naheliegende Alternative wurde nie ernsthaft geprüft

Das Gutachten, auf das sich Kommission und Betriebsleitung stützen, hat die Vererdung mit der Verbrennung verglichen. Die bewährte, qualitätsgesicherte landwirtschaftliche Verwertung nach dem Wetterauer Modell des Abfallwirtschaftsbetriebs Wetterau (AWB) wurde nicht untersucht. „Wer die beste Option nicht prüft, kann hinterher nicht behaupten, die zweitbeste sei alternativlos“, so Rahn-Farr.

Die Begründung, der AWB habe kein Interesse an einer Zusammenarbeit, stellt die Sache aus ihrer Sicht auf den Kopf. Der AWB setzt bewusst auf landwirtschaftliche Verwertung. Eine Anfrage, die von vornherein auf Verbrennung festgelegt war, konnte dort gar nicht zu einem Ergebnis führen. Die Konditionen, mit denen die Betriebsleitung in die Gespräche gegangen ist, seien unattraktiv gewesen.

Doppelte Kosten, Jahr für Jahr

Pro Tonne kostet die Verbrennung deutlich mehr als die landwirtschaftliche Verwertung, und die Kosten werden perspektivisch über die 10 Jahre Vertragsdauer weiter steigen. Die Stadtwerke beziffern die Mehrkosten zu Vertragsbeginn auf rund 80.000 Euro im Jahr. „Auf den einzelnen Kubikmeter Abwasser umgerechnet ist das nicht viel. Aber es ist Geld der Bürgerinnen und Bürger, und es wird jedes Jahr fällig, für mindestens zehn Jahre Vertragsbindung.“

Der Schlamm ist für den Acker geeignet, das sagen die Stadtwerke selbst

Nach Auskunft der Stadtwerke erfüllt der Büdinger Klärschlamm die gesetzlichen Anforderungen für die Ausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen. Einen Teil davon, die flüssigen Schlämme aus der SBR-Anlage, gibt die Stadt ausdrücklich weiter an die Landwirtschaft ab. „Für einen Teil soll der Acker also der richtige Weg sein, für den Rest nicht. Das ist nicht schlüssig.“

Phosphorrecycling: bisher nur ein Versprechen

Als wichtigstes Argument für die Verbrennung gilt die spätere Rückgewinnung von Phosphor. Die Verfahren dafür sind aber noch nicht praxisreif, und die Asche wird bis auf Weiteres gelagert. „Bei der landwirtschaftlichen Verwertung gelangen Phosphor und Nährstoffe schon heute direkt dorthin, wo sie gebraucht werden. Bei der Verbrennung landen sie zunächst auf einer Halde, in der Hoffnung auf eine Technik von morgen. Das ist keine Kreislaufwirtschaft, sondern Rohstoffvernichtung auf Gebührenzahlerkosten.“

Transparenz für die Bürger

„Wenn die Abwassergebühren steigen, sollen die Büdingerinnen und Büdinger wissen, warum“, betont Rahn-Farr. „Der Grund ist nicht eine gesetzliche Pflicht und auch keine Notlage. Es ist eine Grundsatzentscheidung von Eigenbetriebskommission und Betriebsleitung, die die wirtschaftlichste Lösung nie ernsthaft geprüft hat. Liberale Kommunalpolitik heißt, mit dem Geld der Bürger sorgsam umzugehen und Alternativen ergebnisoffen zu vergleichen. Das ist hier versäumt worden.“